



Der Donauschwäbische Heimatzeitschrift

BUNDESORGAN DER HEIMATVERTRIEBENEN AUS JUGOSLAWIEN, RUMÄNIEN UND UNGARN

Jahrgang 26 / Nummer 12

Donauschwäbischer Heimatverlag · D-7080 Aalen · Postfach 1680

21. März 1976

Ungarns Revisionspolitik und der Untergang des Deutschen Reiches

Ungarische Dokumentationen über die schwere Schuld Ungarns am Zweiten Weltkrieg

Von Johann Weidlein

Es ist ein hohes Verdienst der seit den 1960er Jahren erschienenen ungarischen Dokumentationswerke, daß sie die Rolle Ungarns in den Ereignissen seit 1933 bis 1944 gründlich geklärt haben. Die Herausgeber der Dokumentationen haben nämlich ungewollt die Schuld Ungarns am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und damit auch am Untergang des Deutschen Reiches unwiderleglich dokumentiert. Ungewollt und unbeabsichtigt haben sie das getan, denn ihre Kommentare zu den Dokumenten beweisen, daß sie die Zusammenhänge der Dinge nicht erkannt haben; jedenfalls sprechen sie am wahren Sachverhalt vorbei und suchen ihn umzudrehen bzw. auf den Kopf zu stellen. Wir wollen aber die Dokumente selbst sprechen lassen, denn ihre Aussagen sind entscheidend.

Bekanntlich war Ministerpräsident Julius Gömbös der erste ausländische Staatsmann, der Hitler als Reichskanzler besuchte. Es geschah dies im Juni 1933. Bereits am 1. Februar hatte er den deutschen Diktator durch den ungarischen Gesandten in Berlin daran erinnert, daß sie schon vor zehn Jahren „durch gemeinsame Prinzipien und gemeinsame Weltanschauung Verbindung miteinander hatten“ (Vgl. Adám-Juhász-Kerekes, Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, S. 107). Die Forderungen, die Gömbös seinem alten Kameraden bei seinem Besuch 1933 vorlegte, bezogen sich, soweit dies aus den Dokumenten hervorgeht, hauptsächlich auf die deutschen Minderheiten Ungarns und der Nachbarstaaten. Von größter Wichtigkeit ist das Schreiben des ungarischen Ministerpräsidenten an Hitler vom 14. Februar 1934, worin er auf die Abmachungen vom Juni 1933 genauer eingeht (Vgl. Die Wilhelmstraße und Ungarn, S. 67–70). „Mit innerlicher Freude“ stellte darin Gömbös fest, daß sowohl Hitler als auch von Papen ihm bei seinem Besuch versichert hätten, ein starkes, nach außen und nach innen gefestigtes Ungarn sei auch im Interesse des Reiches notwendig, oder wie er schrieb: beide deutsche Staatsmänner hätten in Bezug auf die politische Bedeutung Ungarns und sein Verhältnis zum Reich die Konzeption Bismarcks verkündet. Es sei auch im Interesse des Reiches eine unbedingte Notwendigkeit, daß Ungarn in seinen historischen Grenzen fest verankert sei; in diesem Staatsgebilde müsse das Ungarische die führende Rolle ausüben, die Souveränität dieses Staates müsse in vollem Umfang zur Geltung gelangen. Denn nur ein starker ungarischer Staat sei imstande, die unberechtigten Aspirationen „uns feindlich gesinnter Völker“ mit Erfolg zurückzudrängen. Ein verstümmeltes, innerlich nicht genügend zusammengefaßtes Ungarn könne dem Deutschen Reich nicht jene realpolitische Freundschaft bieten, welche dieses von der ungarischen Nation erwarte.

In seinem Brief verlangt Gömbös von Hitler noch die Beeinflussung der deutschen Minderheiten in den Nachbarstaaten im Sinne der ungarischen Revisionsansprüche und verbittet sich jegliche finanzielle Unter-

stützung der deutschen Volksgruppe in Ungarn, da sie ihre Madjarisierung beeinträchtigen würde; wichtig ist für uns aber der Hinweis auf die Konzeption Bismarcks über die Bedeutung Ungarns und des Madjarentums für das Reich. Was war nun diese Konzeption und wie hatte sie sich bereits vor 1933 ausgewirkt?

Bismarcks Auffassung über Ungarns Rolle und die Bedeutung der Madjaren erfährt man u. a. aus den „Denkwürdigkeiten“ des Fürsten v. Bülow aus dem Jahre 1884 (Bd. I., S. 162). Danach hatte Bismarck geäußert: „Da sitzen zwischen Donau und Karpaten die Ungarn. Für uns ist das gerade so, als ob dort Deutsche säßen, denn ihr Schicksal ist mit dem unsrigen verknüpft, sie stehen und fallen mit uns. Das unterscheidet die funditus von Slawen und Rumänen. Der ungarische Faktor ist für uns der wichtigste innerhalb des ganzen Balkengebietes, das bekanntlich auf der Wiener Landstraße beginnt.“ Auch der Historiker Julius Bunzel zitiert in seinem Buch „Ungarn und wir“ (Berlin 1918) ähnlich liegende Äußerungen Bismarcks und Kaiser Wilhelms II. So habe Bismarck jede Einmischung zugunsten der Ungarndeutschen abgelehnt, weil er „auf die Stärke und Einheitlichkeit des ungarischen Reiches einen hohen politischen Wert“ legte, so daß seine „Gemütsbedürfnisse“ völlig zurücktraten. Ebenso habe Kaiser Wilhelm II. dem damaligen ungarischen Ministerpräsidenten Bánffy gegenüber erklärt, er opfere lieber die Ungarndeutschen im Interesse eines ungarischen Nationalstaates, als daß die Ausgestaltung des einheitlichen ungarischen Staates durch die Erfüllung der Ansprüche der Nationalitäten verhindert werde. „Das Reich kann den Ungarndeutschen nicht helfen“, soll Bismarck gelegentlich gesagt haben (Ebda, S. 56).

Bismarcks grundfalsche Konzeption über Ungarn

Die Bismarcksche Konzeption über die Einheitlichkeit des ungarischen Staates, über die Notwendigkeit des madjarischen Nationalstaates war grundfalsch, denn sie widersprach den Zeitideen, den Ideen der Nationalität, der Freiheit und der Bildung, denn wie konnte man die Kräftigung eines Staatswesens erwarten, in welchem die Hälfte der Bevölkerung, die Nichtmadjaren, von der anderen Hälfte verfolgt, schikaniert, in ihrem Bildungsseifer gehemmt und verleumdet wurde? Freilich trugen die Madjaren das Nötige dazu bei, um den deutschen Politikern die Gefahr des Slawismus hochzuspielen. Selbst die Verfolgung der Ungarndeutschen wurde mit der Gefahr des Panlawismus begründet: So tat es schon Kosuth, und so taten es nach ihm andere, wie etwa die 1881 gegründete

Nur Treue, die ein Volk sich selber hält, kann Treue sein zu Gott und Welt!

„Ungarische Revue“ in ihrem ersten Heft auf S. 3 ff. Der Verfall Ungarns 1918 hatte übrigens allen klargemacht, daß Ungarn kein einheitlicher Nationalstaat geworden war, daß das Streben nach einem solchen der Verfall des Landes verursacht hatte. Es gehörte schon ein großes Maß von Unwissenheit bzw. Verbohrtheit dazu, den kapitalen Fehler der Vergangenheit zu wiederholen und das Schicksal gegen sich herauszufordern.

Hitler in der ungarischen Falle

Wie reagierte Hitler auf den Brief des ungarischen Ministerpräsidenten? Als erster bekam Jakob Bleyer († 1933) einen Vorgeschmack von den Abmachungen zwischen Hitler und Gömbös bzw. von der „Bismarckschen Konzeption“, als man ihm über die deutsche Gesandtschaft in Budapest am 11. August 1933 mitteilen ließ, das Reich sei zur Zeit nicht in der Lage, irgendeinen Druck auf die ungarische Regierung im Interesse der Ungarndeutschen auszuüben. Bleyer möge diesen Gesichtspunkt bei seiner weiteren Tätigkeit vor Augen halten (Vgl. Die Wilhelmstraße, S. 55). Aber was antwortete Hitler auf den Brief von Gömbös? Vor allem sei gesagt, daß der Brief niemals beantwortet worden ist, und zwar nicht etwa deshalb, weil Hitler mit Gömbös in Bezug auf die Bismarcksche Konzeption nicht einig gewesen wäre, sondern wegen der ungarischen Absichten mit den deutschen Minderheiten in Südosteuropa. Am 28. Februar 1934 legte das Außenministerium auf Anforderung Hitler ein Antwortkonzept vor, worin die Reichsregierung bzw. Hitler ausdrücklich die Auffassung von Gömbös bekräftigt, wonach ein nach außen starkes Ungarn auch Deutschlands Interesse sei. Mit dem von Gömbös geäußerten Grundsatz, die geschlossene Einheit eines Landes bilde die erste und wichtigste Voraussetzung seines neuen Aufschwungs, stimme auch er, Hitler, völlig überein.

Das Antwortschreiben wurde, wie gesagt, niemals abgeschickt, und der Brief von Gömbös wurde niemals beantwortet. Mit einigem Recht schloß man daraus in Budapest, daß die Reichsregierung mit den im Brief ausgeführten Gedanken einverstanden ist (Vgl. Wilhelmstraße, S. 96). Daß die ungarländisch-deutsche Minderheit dem madjarischen Nationalismus bedingungslos ausgeliefert wurde, ist für unser Thema belanglos. Diese Frage dürfe „das wichtigere allgemeine deutsch-ungarische Verhältnis nicht belasten“, war die bindende Anweisung Hitlers an den deutschen Gesandten in Budapest, wie es dieser am 30. November 1934 selbst mitgeteilt hat (Vgl. Wilhelmstraße, S. 90). Durch die Preisgabe der Ungarndeutschen hatte sich Hitler die „Freundschaft“ Ungarns erworben, die Freundschaft einer Nation, deren Bevölkerung seit einem halben Jahrhundert im deutschfeindlichen Geiste des Kuruzentums und des Turanismus erzogen wurde, in der nationalmadjarischen Ideologie, nach welcher, wie dies Mihály Babits, der „poeta doctus“ der Madjaren, 1933 formulierte

POSTVERTRIEBSST.GEB. BEZAHLT
WEIDLEIN JOHANN DR. 10040244
MOENCHSBRUECKENWEG 190
7060 SCHORNDORF



Theresia Ritter aus Budaörs/Ungarn in ihrer Heimattracht.

(Vgl. Nyugat, 1933, S. 269 ff.), der Deutsche der größte Feind und der älteste Fluch des Madjaren sei, sowie die bedingungslose Feindschaft der staatsbildenden Völker der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens. Hitler errang also die recht zweifelhafte Freundschaft von ca. 9 Millionen Madjaren und die sichere Feindschaft von rund 40 Millionen Tschechen, Rumänen und Südslawen, mit denen Deutschland vorher kaum irgendwelche Streitigkeiten hatte.

Wozu sich Ungarn berufen fühlte

Sucht man nach einer klaren politischen Konzeption in den Verhandlungen beider Männer, so findet man eine solche nur auf ungarischer Seite. Gleich nach der Rückkehr nach Budapest machte sich Gömbös daran, Deutschland in die Angelegenheiten des mittleren Donauraumes einzubeziehen, um der Kleinen Entente gegenüber eine stärkere Position zu gewinnen. Mussolini gegenüber gab Gömbös unumwunden zu, was er vorhat. „Ungarn fühle sich dazu berufen, im Karpatenbecken eine eigene Politik zu betreiben, südlich der Donau auf Italien, nördlich der Donau auf Deutschland gestützt“, denn, „der Tschechoslowakei gegenüber brauche Ungarn Deutschlands aktive Freundschaft“ (Vgl. Allianz, S. 116). In den ersten Jahren der Hitlerzeit war die ungarische Regierung mit dem Ausbau der Achse Berlin–Rom beschäftigt und achtete energisch darauf, daß sich keine freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Reich und den sogenannten Nachbarstaaten anbahnen, bzw. wenn solche vorhanden waren, diese zu zerstören, die Außenpolitik des Reiches im Interesse Ungarns zu beeinflussen. Die Deutschen durften keinen „Verrat“ an Ungarns Interessen begehen. Einen solchen Verrat (sic!) beging vor allem Göring, der noch eine selbständige, von Ungarn unabhängige Politik im

Südosten zu machen versuchte. Als nämlich Göring am 17. Okt. 1934 gelegentlich seines Besuches in Belgrad erklärt hatte, das Reich habe sich zu keinerlei Revisionspolitik verpflichtet, protestierte der ungarische Gesandte sehr energisch gegen diese Äußerung und forderte die Aufgabe der freundschaftlichen Beziehungen zu Jugoslawien. Sollte aber das Reich seine bisherigen Beziehungen zu diesem Lande auch weiterhin pflegen, so müßte Ungarn seine Vermittlerrolle zwischen Italien und dem Reich aufgeben.

Reichsaußenminister v. Neurath verbat sich den Ton des ungarischen Gesandten und erklärte u. a.: „Drohungen wirken bei uns überhaupt nicht. Entschieden weise ich es zurück, daß die ungarische Regierung uns in bezug auf unsere Politik Anweisungen gebe.“ Über Ungarns Vermittlerrolle sagte er: „Diese Vermittlerrolle war für uns oft lästig, da sie immer darauf hinausging, von uns zu verlangen, daß wir Mussolini und seiner Regierung unfreundliche Gesten mit Umarmungen erwidern“ (Vgl. Wilhelmstraße, S. 89). Bekanntlich war Gömbös der Schmied der „Achse“, selbst der Name „Achse“ stammt von ihm. Trotz dieser Abfuhr von seiten des Reichsaußenministers gaben Gömbös und die ungarischen Regierungen ihre Bemühungen, die deutsche Politik in Ungarns Interesse zu beeinflussen, nicht auf. Dazu muß noch erwähnt werden, daß Nikolaus Horthy, Ungarns Reichsverweser, und die von ihm ernannten Regierungen, bei Hitler großes Ansehen genossen, denn sie waren es, die als erste einer entschieden antisemitischen, rassistischen und antikomunistischen politischen Richtung in Europa zum Siege verholfen, darüber hinaus aber die deutschen Rechtsradikalen in den 1920er Jahren mit beachtlichen finanziellen Mitteln unterstützt hatten. Auf diese Unterstützung pochte Gömbös, wenn er gelegentlich von der „deutschen Treue“ sprach. (Schluß folgt)



Der Donauschwabe

BUNDESORGAN DER HEIMATVERTRIEBENEN AUS JUGOSLAWIEN, RUMÄNIEN UND UNGARN

Jahrgang 26 / Nummer 13

Donauschwäbischer Heimatverlag D-7080 Aalen Postfach 1680

28. März 1976

Ungarns Revisionspolitik und der Untergang des Deutschen Reiches

Ungarische Dokumentationen über die schwere Schuld Ungarns
am Zweiten Weltkrieg

Von Johann Weidlein

(Fortsetzung und Schluß)

Ungarn stellt die Weichen der deutschen Politik

Als Hitler am 7. März 1936 sich bereit erklärt hatte, mit allen Nachbarn des Reiches, einschließlich der Tschechoslowakei, einen Nichtangriffspakt zu schließen, kam wieder ein an Nötigung grenzender ungarischer Protest (Vgl. Diplomatische Schriften Bd. I, vom 15. April 1936). Auch Horthy hielt Hitlers Nichtangriffspläne für so gefährlich, daß er am 22. August 1936 bereits die Vernichtung der Tschechoslowakei, „dieses Krebsgeschwür in Europa“, vorschlug: Deutschland und Ungarn sollten die Tschechoslowakei gemeinsam überrennen. Zugleich gab er auch ein Fernziel an: „Es gibt für die Menschheit kein Glück und keine Sicherheit, solange wir die Sowjets nicht zertreten haben“ (Vgl. Horthys Geheimsschriften, S. 166 ff.). Und tatsächlich gelang es Ungarn, die Weichen der deutschen Politik auf den Kurs der ungarischen Revisionspolitik zu stellen. Auch Baron von Neurath, der sich doch so entschieden gegen eine ungarische Bevormundung gewehrt hatte, gab seinen Widerstand auf und teilte am 23. September 1936 dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Koloman Darányi mit, das Reich werde sich ohne vorheriges Wissen Ungarns der Tschechoslowakei nicht nähern (Vgl. Dipl. Schriften II., S. 163). Als aber die Tschechoslowakei auf Grund der Hitlerrede sich dem Reich zu nähern suchte, teilte der Reichsaußenminister dem ungarischen Gesandten mit, er habe diese Annäherungsversuche zurückgewiesen (Vgl. Dipl. Schriften Bd. I., S. 168).

Dem dauernden ungarischen Druck hat somit auch Baron Neurath nachgegeben und begann eine Politik, die nur zur Kollision und letzten Endes zur Katastrophe führen mußte.

Sehr richtig stellen die Herausgeber der Geheimschriften Horthys über die deutsch-ungarischen Verhandlungen dieser Jahre zusammenfassend fest (S. 167), ein immer wiederkehrendes Thema sei das militärische und politische Anerkennen der ungarischen

Führer zu einer Aktion gegen die Kleine Entente, besonders gegen die Tschechoslowakei gewesen. „Daher waren es die deutschen faschistischen Führer, welche die drängenden, aggressiven Anregungen der ungarischen Regierungskreise mit Bestimmtheit mäßigten“, heißt es hier. Die Tatsachen beweisen, daß es auch später die Reichsregierung war, welche die kriegslusternen ungarischen Herren zu mäßigen suchte, ihren sich ständig wiederholenden Erpressungen jedoch immer wieder nachgab. (Genaue Daten dazu vgl. J. Weidlein, Hitler am Gangelband der ungarischen Politik. In: Der Donauschwabe vom 11. Okt. 1970). So hatte auch am 12. Februar 1938 der ungarische Gesandte Neurath gegenüber wieder mit größtem Nachdruck betont, „welche katastrophalen Folgen es für das deutsch-ungarische Verhältnis hätte, wenn der status quo Rumäniens von Deutschland in irgendeiner Form anerkannt werden sollte“ (Dipl. Schriften II., S. 277).

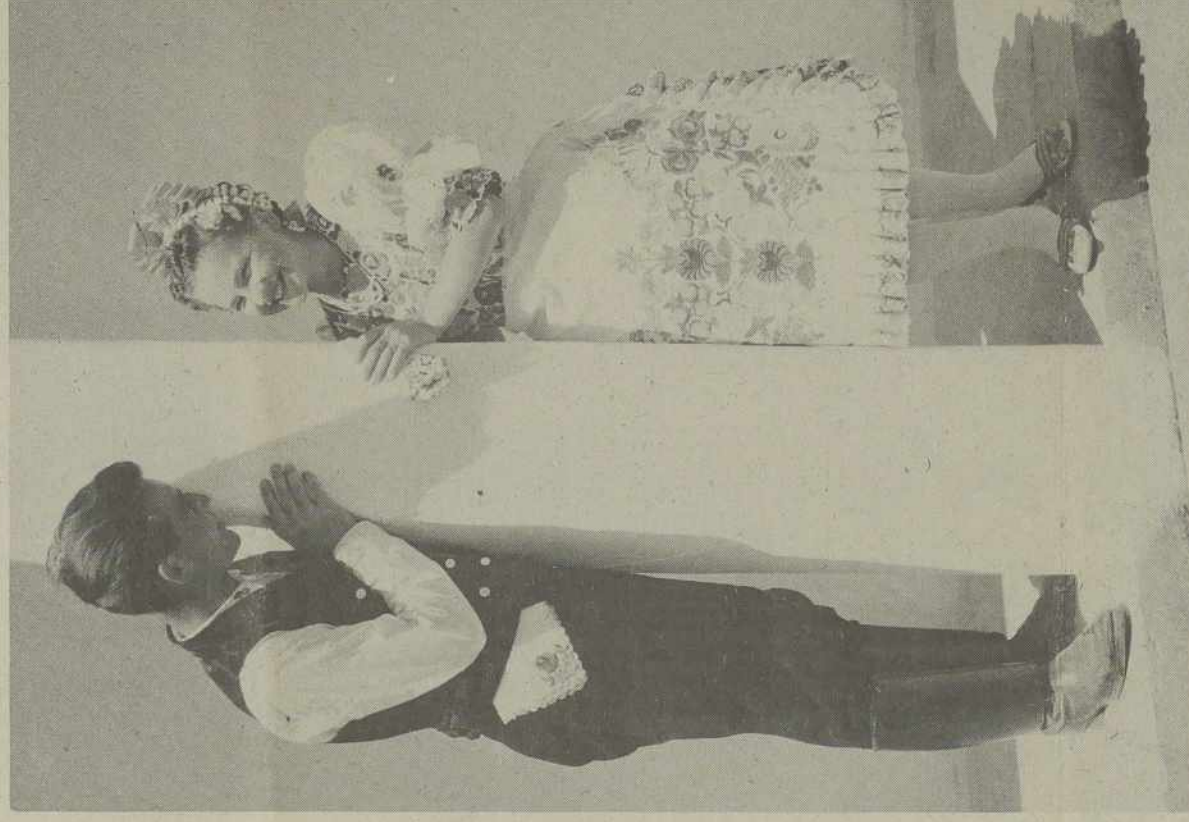
Die deutsche Lokomotive unter Dampf gesetzt

Vorerst aber mußte die Tschechoslowakei in einem Präventivkrieg überrannt werden, wie es Horthy vorgeschlagen hatte. Seit 1937 drängten die Ungarn auf deutsch-ungarische Generalstabsbesprechungen, und als dann die deutsche Lokomotive gehörig unter Dampf gesetzt war und alle Anzeichen dafür sprachen, daß der Angriff gegen die Tschechoslowakei unmittelbar bevorstand, sprang die ungarische Regierung ab, denn einem Risiko wichen die ungarischen Kriegsheizer stets aus. Freilich hatten sie vorher auch Polen für den Angriff begeistert. So ließ der ungarische Außenminister Kánya dem Ministerpräsidenten Polens „in aller Aufrichtigkeit“ erklären, daß Ungarn entschlossen sei, „an jedwede eventuelle notwendige Aktion teilzunehmen“; auch sei er erfreut darüber, daß Polen bei diesem Vorhaben die polnisch-deutsch-ungarische Zusammenarbeit für notwendig halte (Vgl. Allianz, S. 163). Als aber Hitler am 21. August 1938 Ungarns Rolle beim Angriff auf die Tschechoslowakei mit Horthy und seinen Männern besprechen wollte, wurde bekanntgegeben, daß Ungarn mit den Staaten der Kleinen Entente in Bled einen Vertrag schloß, worin sich die Partner im Geiste des Kellogg-Paktes verpflichteten, auf Gewaltanwendung zu verzichten. Dieser Vertrag hinderte jedoch Ungarn nicht daran, im Oktober 1938 die Tschechoslowakei unter Kriegsdrohungen zur Herausgabe der Südslowakei zu zwingen zu wollen, später Italien wiederholt Hilfsangebote in einem erhofften Krieg gegen Jugoslawien zu machen und gegen Rumänien wiederholt zu mobilisieren.

Die ständigen Kriegsdrohungen Ungarns gegen seine Nachbarstaaten gehörten zur ungarischen Taktik, Hitler gefügig zu machen, der seit der tschechoslowakischen Krise immer wieder betonte, das Reich brauche Frieden und Ruhe auf dem Balkan. Ebenso gehörte es zur ungarischen

Im Februar 263 Aussiedler aus Rumänien

Im Februar 1976 trafen 2594 Aussiedler aus ost- und sudosteuropäischen Staaten in der Bundesrepublik Deutschland ein. Im Vormonat waren es 2602. Es kamen 690 Aussiedler aus der Sowjetunion, 1558 aus Polen, 32 aus der Tschechoslowakei, 16 aus Ungarn, 263 aus Rumänien und 35 aus Jugoslawien. Der verstärkte Zustrom von Aussiedlern aus Polen hält an. Seit Unterzeichnung der deutsch-polnischen Vereinbarungen am 9. Oktober 1975 konnten bisher 6256 Deutsche aus Polen in die Bundesrepublik übersiedeln. Der Durchschnitt der monatlichen Zugänge aus Polen betrug vorher 440 Personen. S.u.E.



Zwei junge Leute in der schönen ungarischen Volkstracht von Kalotscha.

Entwicklung, die unaufhaltsam zum Zweiten Weltkrieg führte.

Ungarn bereitete nun seinen Einmarsch in die Karpatoukraine vor. Die „Rongyos gárda“, eine nationalistische Freischärlerorganisation, hielt sich ohnehin in der Karpatoukraine auf, und auch 7 polnische Freischärlerkompanien wurden in dieses Gebiet verlegt. (Ebda., vom 20. Nov. 1938). Nur in letzter Minute wurden Mussolini und sein Außenminister in den Plan eingeweiht, doch rieten beide ab und verständigten auch Berlin vom ungarischen Vorhaben. Nur eine gemeinsame deutsch-italienische Note konnte Ungarn von seinem abenteuerlichen Plan abbringen. Auf diplomatischem Wege wurde jedoch weitergebohrt, ein wahrer Nervenkrieg gegen die Reichsregierung selbst vorbereiteten, die Karpatoukraine zu besetzen. (Vgl. ausführlicher bei J. Weidlein, Entzündete sich der Zweite Weltkrieg an der Frage der Karpatoukraine? Der Donauschwabe vom 1. Juni 1975.) Vom 26. Februar 1939 an häuften sich die Meldungen in den diplomatischen Schriften (Bd. III.), daß Polen die Karpatoukraine überfallen wollte.

Völlige Aufteilung der Tschechoslowakei gefordert

Am 10. März schlug dann der ungarische Gesandte im Auftrag seiner Regierung die völlige Aufteilung der Tschechoslowakei der Reichsregierung vor, Ungarn aber erhebe Anspruch auf die Karpatoukraine (Ebda., Nr. 401). Bekanntlich geschah dies auch, und zwar so, daß Hitler das von ihm bisher verkündete Volkstumsprinzip aufgab und die ungarischen Argumente des „historischen Rechts“ und der „geopolitischen Lage“ übernahm. Der Wortbruch Ungarns hatte den Wortbruch und damit die unglaubwürdigkeit Hitlers und der Reichsregierung zur Folge. Hitler selbst hat wohl nie begriffen, wie sehr

die Zerstörung der Tschechoslowakei und die Errichtung des Protektorats im März 1939 seine Glaubwürdigkeit zerstört hat, weil doch der Griff nach fremdem Volkstum mit den völkischen Grundlagen seiner Politik in Widerspruch geraten war. Es war nur noch eine Frage der Zeit, wann der Zweite Weltkrieg ausbrechen mußte. Hitlers recht gemäßigten Vorschläge vor dem Angriff auf Polen fanden bei den Westmächten kein Gehör, denn man schenkte seinen Worten keinen Glauben mehr.

Hitler ließ sich also durch Gömbös in den Dienst der ungarischen Revisionspolitik stellen, die übrigens ganz „friedlich“ gewesen sein soll – er ließ sich durch ungarische (und polnische) Schachzüge ins Unrecht und damit in einen Weltkrieg hineinreiten, der mit dem Untergang des Deutschen Reiches endete. Beschleunigt wurde dieser Untergang noch durch Ungarns Verhalten nach der Niederlage bei Stalingrad, als Horthy und seine Regierung mit Nikolaus Kállay an der Spitze einen Frontwechsel vorbereiteten und über einen Rundfunksender von der Offener Burg aus dem alliierten Hauptquartier in Kairo alles meldeten, was sie über die Deutschen und ihre militärischen Absichten erfahren konnten. Mit ihrer großangelegten Staatssabotage erschwerten sie die Lage des Verbündeten nach Kräften. Ihr Hauptziel war die Revision des Trianoner Friedensvertrages bzw. die Zurückgewinnung des 1920 verlorenen Gebietes; dazu ließ sich Hitler mißbrauchen, deshalb drängte Ungarn sich in den Krieg gegen die Sowjetunion und darum verriet die Horthy-Leute ihren Verbündeten, da man ihnen von der anderen Seite in Aussicht gestellt hatte, beim rechtzeitigen Frontwechsel Nordsiebenbürgen behalten zu dürfen, das sie aus Hitlers Gnaden 1940 von Rumänien zurückbekommen hatten. Den Frontwechsel Ungarns und die damit zusammenhängenden Fragen werden wir bei einer anderen Gelegenheit behandeln.